

Agrarwende im Pflanzenbau?

von Günther Völkel

Die Agrarwende aus der Sicht des Pflanzenbaues ist das Thema dieses Beitrages. Was passiert derzeit, unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen, auf den Feldern? Wie viel wird tatsächlich gedüngt und gespritzt? Wie nachhaltig ist die ordnungsgemäße Landwirtschaft? Grundlage der Analyse sind die Zahlen aus den Statistischen Jahrbüchern des BML und des Industrieverbandes Agrar, die der Autor zwischen den Zeilen interpretiert. Der Agrarpolitik schlägt er diskussionswürdige Maßnahmen vor, die eine tatsächliche Wende im Pflanzenbau bewirken könnten.

Die große Wende in der Landwirtschaft wurde von der Bundeslandwirtschaftsministerin bei ihrem Amtsantritt versprochen. Aber wohin soll sich die Landwirtschaft drehen? Laut Duden stellt die Wende eine Drehung dar. Ist das, was im Augenblick von der Agrarpolitik geplant wird eine Drehung um die eigene Achse, oder ist sie eine Teildrehung in eine neue Richtung? Wer die Diskussionen in den letzten Monaten verfolgt hat muss leider mit Bedauern feststellen, dass von einer Wende bisher nichts zu erkennen ist. Das Schiff ist zwar etwas ins Schlingern geraten, die Richtung hat sich aber nicht geändert. Wie in den zurückliegenden Jahren auch wird immer nur ausgebessert und repariert. Vor lauter Reparaturaufwand fehlt jedoch jeglicher Freiraum, neue Ansätze für eine echte Änderung der Agrarpolitik zu suchen. Lassen überhaupt die Bürokraten in Brüssel eine tiefgreifende Wende zu und welche Befürchtungen müssen bei der Lebensmittelindustrie und bei der Berufsvertretung der Deutschen Bauern zerstreut werden damit von dort nicht gezieltes Sperrfeuer kommt? Ein gutes Beispiel hierfür stellt die Änderung des Naturschutzgesetzes dar, in der eine ordnungsgemäße Landbewirtschaftung angemahnt und gefordert wird. Obwohl eine detaillierte Ausformulierung dieser Bewirtschaftungsgrundsätze noch fehlt, fordert die Vertretung der deutschen Bauern sofort einen finanziellen Ausgleich für diese ordnungsgemäße Landwirtschaft. Da nach Ansicht des Bauernverbandes und auch der schwerpunktmäßigen politischen Vertretung der Landwirte sowie der Agrarindustrie in Deutschland ja sowieso eine nachhaltige und ordnungsgemäße Landwirtschaft betrieben würde, sei eine solche Forderung geradezu lächerlich. Gleichbedeutend müsse ja auch jeder Autofahrer, der sich an die gesetzlich vor-

geschriebenen Geschwindigkeitsbeschränkungen halte, hierfür eine Prämie bekommen.

Wie ordnungsgemäß wirtschaftet die deutsche Landwirtschaft ?

Laut Jahresbericht 2000/2001 des „Industrieverbandes Agrar“ stehen wir vor der weltweit großen Herausforderung die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, um mit dem integrierten Landbau – also der Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie – die wichtigen Voraussetzungen für das Ziel einer nachhaltigen Landwirtschaft zu erreichen. Hierzu zählen innovative Verfahren für den Pflanzenschutz, der gezielte Einsatz der Mineraldüngung und geprüfte neue gen-technisch veränderte Pflanzensorten. Wie nachhaltig alle diese Verfahren sind, haben in den letzten Jahren die folgenden Schlagzeilen gezeigt:

- Atrazin im Grundwasser
- Mit Mutterkorn verseuchte Flächen durch die Hybridroggen-Farinokatastrophe (1)
- Krankheiten und Todesfälle durch Mutterkornvergiftungen bei Mensch und Tier
- Verstärktes Auftreten von Mykotoxinen in Getreide und Verarbeitungsprodukten
- Abnahmeverweigerung der Mühlen bei Getreide von mit Klärschlamm gedüngten Flächen.
- Starker Fusariumbefall bei Weizen aufgrund der kurzen Pflanzenlänge.

Neben diesen Horrorschlagzeilen sind es aber auch die Zeichen der großen und kleinen Agrarpolitik, die eine nachhaltige Landwirtschaft geradezu verhindern. Und wie lassen sich die folgenden Tatbe-

stände mit den heren Zielen der „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ vereinbaren?

Wer kann schon nachvollziehen, dass:

- Die Zuckerwirtschaft über die Zugeständnisse zur Marktordnung aus Brüssel jubelt, eine Planungssicherheit bis 2006 zu haben. (Was kommt dann?)
- Die Flächenstilllegung für 6 Jahre auf 10 % festgesetzt wird und angeblich die Welt hungert?
- Die Agenda 2000 die Stützpreise für die Getreideintervention innerhalb von 2 Wirtschaftsjahren um 15 % senkt?
- Die Direktzahlungen in Form der Flächenprämien bei Getreide als Ausgleich für den Preisverfall um 9 Euro/t auf 63 Euro/t erhöht werden?
- Die Ölsaatenprämien auf das Niveau von Getreideflächen gesenkt werden?
- Die Wirtschaftlichkeit von Eiweißfrüchten aufgrund der nicht steigenden Prämien erheblich beeinträchtigt wird?

und weiter ist anzumerken:

- Aufgrund des Fütterungsverbot von Tiermehl werden die Eiweißfrüchte als Ersatz dringend benötigt. Der zusätzliche Bedarf soll nach Meinung der EU-Kommission durch den Import von 1–1,5 Mio. t gentechnisch verändertem Soja gedeckt werden. Dieser Import käme der EU deutlich billiger als den eigenen Eiweißanbau zu fördern!
- Der jetzt aus der Taufe gehobene Modulationsgesetzentwurf sieht eine 2 %-Senkung aller Prämien vor (wahrscheinlich erst ab 2003). Hierbei soll ein Freibetrag von 20.000 DM pro Betrieb gelten. Bei einem Hektarprämienatz von 680 DM entspricht dieses bei einem Ackerbaubetrieb einer Betriebsgröße von 29,4 ha. Welcher Betrieb mit einer solchen Größe ist denn überhaupt noch lebensfähig? Eine Staffelung von Prämienkürzungen bei Großbetrieben wurde wieder einmal auf Druck des Bauernverbandes und hauptsächlich der neuen Bundesländer verworfen.
- Durch die Genehmigung gentechnisch veränderte Zuckerrüben in Deutschland anzubauen werden ökologisch wirtschaftende Betriebe auf den aus der Zuckerindustrie stammenden organischen Dünger „Vinasse“ künftig verzichten müssen. Auch das in der Tierfütterung als Eiweißträger eingesetzte Kartoffeleiweiß wird über kurz oder

lang das gleiche Schicksal ereilen, wenn die ersten gentechnisch veränderten Stärkekartoffeln auf den Markt kommen.

- Die hohen Flächenprämien beeinflussen den Pachtmarkt und somit auch den Strukturwandel in sehr starkem Maße. So orientieren sich die Verpächter bei der Pachthöhe an den jeweiligen Prämienhöhen. Selbst Flächen mit einer sehr schlechten Ertragsstruktur werden daher mit Pachtpreisforderungen belegt, die keinerlei Wirtschaftlichkeit entsprechen. Kleinere Betriebe, die z. T. unbedingt auf diesen Flächenzuwachs angewiesen sind, können diese hohen Pachten aber nicht erwirtschaften und so wandern diese Flächen an die Großbetriebe. Die Folge für die kleineren Betriebe sind dann erhebliche Einkommenseinbußen, die über kurz oder lang zur Betriebsaufgabe führen müssen. Die Nutznießer dieses Systems sind einerseits die aus der Landwirtschaft ausgeschiedenen Verpächter oder aber Großbetriebe, die diese Flächen meist einer ungepflegten Selbstbegrünung überlassen und die Prämien kassieren.
- Großbetriebe können auf Grund der Prämien und der besseren Auslastung der Maschinen trotz teilweise großer Bewirtschaftungsentfernungen deutlich höhere Pachtpreise bieten als ortsansässige flächenschwache Betriebe.
- Auch größere Veredlungsbetriebe mit starker Viehhaltung benötigen entsprechende Flächen um die Auflagen der Düngeverordnung zumindest auf dem Papier einzuhalten. Oder wer kann sich einen Gülletransport über 100 Kilometer vorstellen?

Wie die Aufzählung dieser Schlaglichter zeigt, ist die viel gepriesene Nachhaltigkeit der Landwirtschaft doch wohl nicht ganz so weit verankert wie es viele wahr haben wollen. Ein Blick auf die Statistik kann darüber hinaus weiteren Aufschluss über die Veränderungen der letzten Jahre geben.

Anbauflächenveränderungen

In den nachfolgenden Betrachtungen wurden die Jahre 1993 bis 1999 gegenübergestellt. Mit dem Jahr 1993 liegen erstmals gesicherte statistische Zahlen über ganz Deutschland vor und können so dem Jahr 1999 direkt gegenübergestellt werden. So zeigt die Abb. 1 die Veränderung des Anbauverhältnisses der Feldfrüchte in den letzten 6 Jahren. Während der Anbau von Getreide, Hülsen- und Ölfrüchten deutlich angestiegen ist, kann bei den Hackfrüchten ein geringer Rückgang festge-

stellt werden. Einen deutlichen Flächenanstieg hat auch der Bereich Grünland und Futterbau zu verzeichnen. Während in dieser Gruppe der Silomais einen Anbaurückgang von 5.000 ha und die Futterleguminosen Klee und Luzerne 70.000 ha zu verzeichnen hatten, konnte sich das Grünland um 900.000 ha vergrößern.

Veränderungen der Ertragsleistungen

Die Ertragsleistung der Fruchtarten hat sich im Vergleich der beiden Jahre ebenfalls erheblich verändert wie die Abb. 2 zeigt. So konnte bei Getreide incl. Körnermais ein Ertragsanstieg von 15% verzeichnet werden. Während die Hülsenfrüchte mit 25% den größten Mehrertrag (gefolgt von den Ölfrüchten mit 16%) hatten, mussten die Hackfrüchte, der Silomais wie auch der Futterbau mit niedrigeren Erträgen auskommen. Die Bezahlung der Zuckerrüben nach bereinigtem Zuckrertrag und auch die neuen energiereicheren Silomaisarten kommen auch mit niedrigeren Gesamterträgen auf eine bessere Wirtschaftlichkeit.

Pflanzen- und Düngemittelaufwand

In der Tabelle 1 sind die Aufwandszahlen der Jahre 1993 und 1999 gegenübergestellt. Hierbei gilt es zu beachten, dass sich diese Zahlen auf die jeweils zu berücksichtigende Gesamtfläche beziehen und somit Durchschnittszahlen sind. Im Einzelbetrieb können die Aufwendungen natürlich niedriger oder aber auch deutlich höher sein. Während sich die gesamte LF nur geringfügig verändert hat, ist der Stilllegungsanteil um 14% gesunken. Mit einem plus von 208% hat die ökologisch bewirtschaftete Fläche einen deutlichen Sprung nach oben gemacht.

Besonders deutlich wird die Aufwandserhöhung im Pflanzenschutz. Die Steigerungsraten von 20–33% bei den drei wichtigen Gruppen Herbizide, Insektizide und Fungizide zeigen, dass trotz der besseren Ausbringungstechnik und den niedrigeren Aufwandsmengen der Wirkstoffeinsatz insgesamt doch stärker gestiegen ist als es die Zahlen der Statistik auf den ersten Blick vermuten lassen. Ob eine solche Steigerung auf Dauer nachhaltig sein kann, muss daher in Frage gestellt werden.

Beim Aufwand für die Düngung stellt sich die Situation etwas günstiger dar. Wenn auch der Stickstoffaufwand um 14% zugenommen hat und mit rund 184 kg N/ha um 24 kg über dem Aufwand von 1993 liegt, erscheint diese Steigerung noch recht gering auszufallen. Berücksichtigt man jedoch zusätzlich die Flächenzunahme der Körnerleguminosen und den Rückgang der Hackfrucht-

und Silomaisfläche als Stickstofffresser so wird deutlich, dass auf der Restfläche der N-Aufwand pro ha doch stärker angestiegen sein muss.

Der Aufwand für die Grunddünger Phosphor und Kali wurde dagegen um 5 bzw. 7% reduziert, so dass sich hier der ab Mitte der 80er Jahre abzeichnende Trend des reduzierten Einsatzes fortsetzt. Die in den 70er Jahren ausgegebenen Düngerempfehlungen, auch über den Entzug der Pflanzen die Böden aufzudüngen, hat diese zu einer sehr teuren Spardose der Vorgängergeneration werden lassen. Die frühe Erkenntnis, dass eine solche Düngung nicht sinnvoll und viel zu teuer ist wurde durch viele Versuche zwar bestätigt, die Düngindustrie und auch die Beratung war aber hiervon nur schwer zu überzeugen. Und auch heute noch bestehen hinsichtlich der Düngeempfehlungen riesige Unterschiede von Bundesland zu Bundesland. So wird in Bundesländern mit sehr hohem Viehbesatz selbst bei sehr hoher Nährstoffversorgung der Böden noch immer eine Grunddüngung bis zum Entzug der Pflanzen zugelassen. (Wo soll denn auch die Gülle hin?) In anderen ist bei solchen Nährstoffgehalten der Böden bereits keine Düngung mehr erlaubt. Auch die in den letzten Jahren eingeführte neue Einstufung der Nährstoffgehalte der Böden führt dazu, dass viele Böden aufgrund ihrer Versorgung in höhere Versorgungsklassen eingestuft und somit auch die Düngeempfehlungen zurückgenommen werden mussten.

Wird sich dieser Trend auch in Zukunft weiter so fortsetzen?

Bei den augenblicklichen Bedingungen und den agrarpolitischen Vorgaben kann diese Frage nur mit „ja“ beantwortet werden. Die wirtschaftlichen Betriebsgrößen im Ackerbau werden von den Experten bereits heute mit 300 Hektar und mehr festgelegt. Betriebe dieser Größe sind auf kostengünstige Produktionsverfahren angewiesen. Hierzu gehören z.B. die pfluglosen Anbausysteme mit meist sehr engen Fruchtfolgen. Werden diese nach rein ökonomischen Überlegungen gefahren (und dieses ist die Wirklichkeit) muss ein erheblich höherer Pflanzenschutzaufwand betrieben werden. So ist jetzt schon ein wirtschaftlicher Rapsanbau ohne hohen Fungizid- und Insektizidaufwand nicht mehr möglich. Die Zunahme der Schneckenplage wird weiterhin erheblichen Pflanzenschutzinsatz erfordern. Auch bei Getreide nimmt aufgrund der engen Fruchtfolgen der Befall mit Schadpilzen und somit auch der Fungizideinsatz deutlich zu. Im Zuckerrüben- und Kartoffelanbau werden die Pilzkrankheiten deutlich aggressiver und erfordern ei-

Abb.1: Flächenveränderungen der Feldfrüchte in den Jahren 1993 und 1999 in % der LF

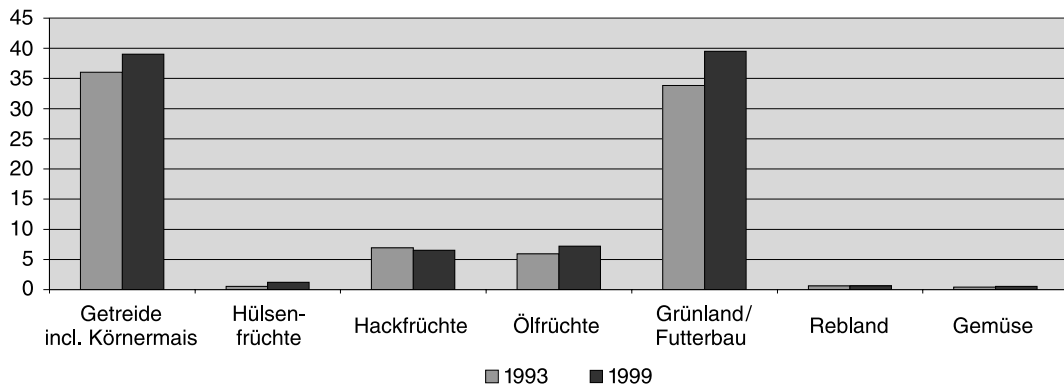
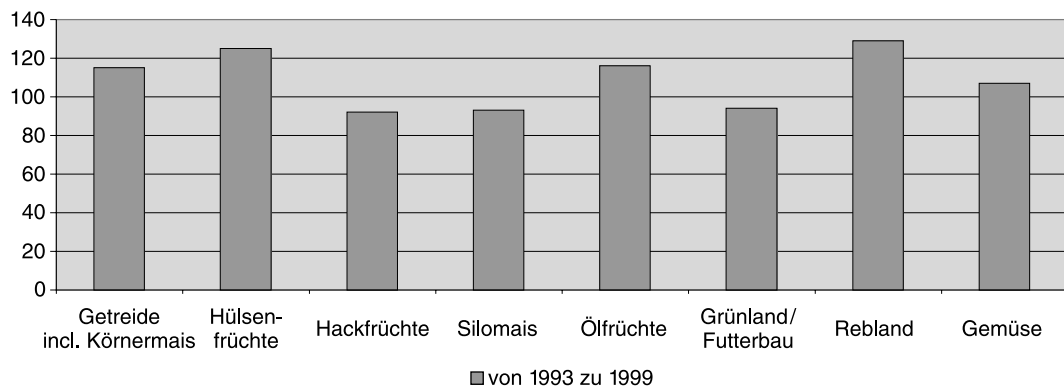


Abb. 2: Veränderungen der Ertragsleistungen der Feldfrüchte von 1993 zu 1999 (1993=100)



Mit wie viel Dünger, mit wie viel Pflanzenschutz muss wirklich gerechnet werden?

Veränderungen des Produktionsaufwandes (siehe Abb. 1 und Abb. 2)

Mit welchem Aufwand wurden die Erträge erzielt und wie hat sich der Aufwand pro Hektar verändert? Die Erarbeitung der Aufwandszahlen war dabei nicht ganz einfach, da ein Bezug auf die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche eine falsche Grundlage darstellt. So wurden bei der Berechnung des Pflanzenschutzaufwandes die Ökoflächen sowie die Flächenstilllegungsflächen nicht berücksichtigt. Bei der Berechnung des Düngeraufwandes wurden beim mineralischen Stickstoff ebenfalls die Öko- und auch die Stilllegungsflächen nicht mit eingerechnet. Da die Grundnährstoffe Phosphor und Kali auch im Öko-Landbau eingesetzt werden, wurden hier nur die stillgelegten Flächen nicht berücksichtigt.

Die aus der Tierhaltung stammenden Stickstoff-Phosphor- und Kalimengen wurden ohne die Stilllegungsflächen berücksichtigt. Entsprechend der Düngemittelverordnung wurde bei Stickstoff ein mittlerer Verlust von 35 % unterstellt. Bei P und K wurden keine Verluste berücksichtigt. Der Klärschlammehinsatz in der Landwirtschaft wurde bei dieser Berechnung außer Acht gelassen, da zuverlässiges Zahlenmaterial über den Nährstoffanfall nur schwierig zu erhalten ist. Die in der Landwirtschaft eingesetzte Klärschlammengen liegen nach vorsichtigen Schätzungen der Statistik in den beiden Betrachtungsjahren auf vergleichbarem Niveau, so dass die Nichtberücksichtigung in beiden Jahren zu vertreten ist.

Tab. 1: Veränderungen bei den pflanzenbaulichen Produktionsgrundlagen 1993 zu 1999				
		1993	1999	%-Veränderungen von 1993 zu 1999
Flächenausstattung				
LF insgesamt	ha	17162000	17152000	- 0,1 %
Stilllegung	ha	1357000	1164891	- 14 %
Ökoflächen	ha	127240	392296	+ 208 %
Aufwand Pflanzenschutz				
Herbizide	kg/ha	0,8	1	+ 25 %
Insektizide	kg/ha	0,3	0,4	+ 33 %
Fungizide	kg/ha	0,5	0,6	+ 20 %
Sonstiges	kg/ha	0,3	0,7	+ 133 %
Aufwand Düngung				
Stickstoff mineralisch	kg N/ha	102,5	129,2	
Stickstoff Tierhaltung	kg N/ha	57,9	54,2	
Stickstoff Gesamt	kg N/ha	160,4	183,4	+ 14 %
Phosphor mineralisch	kg P ₂ O ₅ /ha	26,3	25,7	
Phosphor Tierhaltung	kg P ₂ O ₅ /ha	34,7	32,5	
Phosphor Gesamt	kg P₂O₅/ha	61,9	58,2	- 5 %
Kalium mineralisch	kg K ₂ O/ha	40,8	37,5	
Kalium Tierhaltung	kg K ₂ O/ha	92,0	85,6	
Kalium Gesamt	kg K₂O/ha	132,8	123,1	- 7 %

nen immer höheren Aufwand. Auch der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen und Sorten führt – wie Erfahrungen aus den USA zeigen – nicht zu den erwarteten hohen Einsparungen bei Pflanzenschutzmitteln. Fruchtfolgeveränderungen sind in diesem auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten System nicht vorgesehen (von Ansätzen zum integrierten Pflanzenbau ganz abgesehen). Sicherlich wird auch in Zukunft nur noch ein gewisser Anteil der bäuerlichen Betriebe diesem System des Großagrarmanagements noch kurze Zeit folgen können, im Konkurrenzkampf sind sie diesen Unternehmen auf Dauer aber hoffnungslos unterlegen, was spätestens bei Pachtverhandlungen deutlich wird. Da die Großbetriebe bei fast allen agrarpolitischen Entscheidungen bevorzugt behandelt werden, wird beim Festhalten an dieser Agrarpolitik für Großbetriebe der „bäuerliche Familienbetrieb“ in Zukunft keine Überlebenschance mehr haben.

Wie könnte aber nun eine Wende im Ackerbau aussehen?

Jeder Landwirt hat eine soziale Verpflichtung gegenüber der Naturlandschaft, dem Boden und dem Menschen. Diese Verantwortung trägt der Landwirt und hierfür muß er eine entsprechende Entschädigung erhalten. Wenn dieses nicht über die Produktpreise zu erreichen ist, hat die Politik die Aufgabe hier entsprechend lenkend einzugreifen und den Menschen in der Landwirtschaft unterstützend zur Seite zu stehen.

Bisher haben jedoch alle Mechanismen wie die Marktordnungsregelungen mit Intervention und Export- oder auch Importerstattungen, Preisausgleichs- oder Extensivierungsregelungen, Flächen- oder auch Ökopremien immer wieder zu einem Ungleichgewicht geführt. Entweder kamen die Fördergelder bei der aufnehmenden Hand oder den Verarbeitern an oder (bei den Flächenprämien) hatten und haben nur die Großbetriebe davon

einen entsprechenden Nutzen. Aber auch die innerhalb Deutschlands vorhandenen großen Prämienunterschiede haben zu einer direkten Übervorteilung von Betrieben einiger Länder geführt, wie z. B. die Förderung des Ökologischen Landbaues zeigt. (2)

Welche Maßnahmen müssten diskutiert werden?

Abschaffung der flächengebundenen Prämien

Große Flächeneinheiten können mit geringem Arbeitsaufwand bei Einsatz von Großmaschinen sehr effektiv und wirtschaftlich bewirtschaftet werden. Die Flächenprämien führen hier zu überproportionalen Gewinnen und ermöglichen hohe Pachtzahlungen. In kleinstrukturierten Gebieten mit hohen Nebenerwerbsanteilen lassen die Prämien keine Strukturveränderungen zu, da der Mitnahmeeffekt der Prämien sich deutlich auf den Pachtpreis auswirkt und selbst für schlechte Ländereien utopische Pachtpreise gefordert werden.

Einführung einer gestaffelten flächengebundenen Prämie

Bei der Beibehaltung des bestehenden Flächenprämiensystems müsste eine Staffelung eingeführt werden, die ab einer bestimmten Größe deutlich verringert würde. Hier könnte eine wirtschaftliche und in Abhängigkeit von der Betriebsform errechnete Betriebsgröße die Basis bilden. Hierbei sind dann jedoch Betriebskooperationen auf dem Papier auszuschließen.

Schaffung eines Prämienfestbetrages in Höhe eines vergleichbaren Arbeitseinkommens je Betrieb bzw. je Voll-AK im Haupterwerb

In den 80er und 90er Jahren wurde dieses System im Rahmen der Landabgaberente erfolgreich angewendet. Ein Betrieb wurde dann als landaufnehmender Betrieb zugelassen, wenn er nach der Flächenaufnahme das festgelegte vergleichbare Arbeitseinkommen (eines gut bezahlten Arbeitnehmers) erreichte. Ein solches System könnte vielen bäuerlichen Familien Anreiz bieten in der Region und auf den Betrieben zu bleiben. Die Landflucht, besonders aus den benachteiligten Gebieten, könnte so noch gestoppt und gleichzeitig eine landschaftspflegerische Leistung erbracht werden.

Schaffung einer gestaffelten Prämie je nach Arbeitszeiteinsatz im Betrieb für Nebenerwerbslandwirte

Auch hier könnte die Leistung der Nebenerwerbslandwirte für den Erhalt der Landschaft und für den

Beitrag zur Stabilität in der Region belohnt werden. Auch hier könnte der für den Betrieb aufgewendete Arbeitszeitaufwand ermittelt und entsprechend anteilig angerechnet werden.

Durch diese soziale Komponente würden auch mittelgroße bis kleinere Betriebe eine Überlebenschance haben, was besonders in den benachteiligten Gebieten zu einer deutlichen Verbesserung der Pflege der Landschaft und auch der landwirtschaftlichen Flächen führen könnte. Die Abwanderung aus diesen Gebieten könnte zusätzlich gestoppt und die Region insgesamt gestärkt werden. Der z. Zt. vorhandene Druck auf die Betriebe und die Familien könnte so drastisch reduziert werden und auch der Betriebsmitteleinsatz könnte so ohne große Probleme zurückgefahren werden. Auch der Einstieg in den ökologischen Landbau würde für diese Betriebe eine deutlich geringere Einstiegschürde bedeuten, da eine soziale Absicherung vorhanden wäre.

Auch wenn diese Vorschläge auf den ersten Blick nach einem großen Verwaltungsaufwand schreien: in der Praxis ließen sich die Berechnungen gut automatisieren und erfordern weitaus weniger Aufwand als das Ausmessen von Flächen, Kontrollieren von Ohrmarken, Zählen von Pflanzen oder anderer Kontrollmechanismen.

Präzisierung des Begriffes „ordnungsgemäße Landbewirtschaftung“ als Grundstandard mit überprüfbaren Auflagen

Alle bisherigen Begriffe wie „Integrierter Pflanzenbau“, „Ordnungsgemäße Landbewirtschaftung“, „Nachhaltige Landwirtschaft“, „Ortsübliche Landwirtschaft“ werden zwar immer wieder genannt oder ins Gespräch gebracht, bei der Anwendung oder einer Definition dieser Bewirtschaftungsform scheiden sich dann aber die Geister. So kann z. B. eine Fruchtfolge mit Weizen – Weizen – Zucker – rüben oder auch Weizen – Wintergerste – Raps zwar ökonomisch richtig sein, sie besitzt aber keine Nachhaltigkeit, da das Infektionspotential der Krankheiten laufend zunimmt. Wenn z. B. alle drei Jahre Kartoffeln angebaut werden und eine Bodenentseuchung wegen Nematodenbefall zum Standard gehört, kann ebenfalls nicht mehr von einer ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung gesprochen werden, da bei Wegfall des Bekämpfungsmittels kein Anbau mehr möglich wäre. Der Aufschrei nach In-Kraft-Treten des neuen Pflanzenschutzgesetzes im Jahr 2001 sowie der Ruf nach Lückenindikationen hat gezeigt, wie anfällig das gesamte Agrarökosystem geworden ist. Ein Blick auf die immer resistenter werdenden Un-

kräuter macht ebenfalls deutlich, dass es einer eindeutigen Begriffsbestimmung der Nachhaltigkeit bedarf.

Weitergehende Umweltmaßnahmen

Neben diesen direkten personenbezogenen Prämien könnten weitere politische oder auch umweltrelevante und bodenschützende Maßnahmen zusätzlich in ein solches System eingebaut werden.

- z. B. reduzierende Bodenbearbeitung mit einer entsprechenden weiten Fruchtfolge,
- überwinterte Zwischenfrüchte als Bodenschutzmaßnahme,
- Verzicht auf den Einsatz von Wachstumsreglern, wodurch gleichzeitig der Gesamtaufwand an Düngung und Pflanzenschutz reduziert würde,
- Ökologischer Landbau,
- Verpflichtung zur Begrünung und Pflege von Stilllegungsflächen,
- Verzicht auf gentechnisch veränderte Pflanzen.

Die für diesen zusätzlichen Aufwand aufzubringenden Entschädigungen müsste aus Wettbewerbsgründen bundeseinheitlich gezahlt werden und sollten deutlich von den Grundprämien getrennt werden.

Zusammenfassung

Die Wende in der Agrarpolitik, und hier besonders im Pflanzenbau, darf sich nicht allein auf eine möglichst schnelle Ausweitung des ökologischen Landbaues beschränken. Es besteht sogar die Gefahr, dass durch einen massiven Eingriff der Politik in dieses System der Öko-Markt zusammenbricht und negative Folgen zurückbleiben. Wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit gezeigt haben, haben Eingriffe der Politik in den Markt, die ohne soziale Bindungen erfolgen, bisher immer nur negative Auswirkungen nach sich gezogen. Der Markt ist blind und es bedarf einer Anpassung an das Konsumverhalten des Verbrauchers, das nicht durch politische Vorgaben gesteuert werden kann. Hier fehlt z. B. der an das Alter der Kinder angepasste Ernährungsunterricht in Kindergärten und Schulen. (siehe dazu den Beitrag von Meyer-Ploeger im Kapitel Verbraucher)

Eine echte Wende sollte den beiden Landbausystemen (dem normalen integrierten Landbau und dem ökologischen Landbau) die Chance geben, sich entsprechend weiter zu entwickeln. Da beide Systeme direkt nebeneinander wirtschaften, kann nur

eine weniger auf Konfrontation angelegte Agrarpolitik Abhilfe schaffen. Als Beispiel kann hier die Gentechnik angeführt werden. Welchen Sinn kann es haben, wenn in der normalen Landwirtschaft diese Technik eingesetzt wird, die nebenan wachsenden Ökoprodukte dann aber wegen Verunreinigungen belastet sind?

Ein weiteres Beispiel für bestehende Gefahren ist die augenblickliche Situation bei der Tiermehlverwendung. Verarbeitende Unternehmen wenden sich im Augenblick sehr stark gegen eine Null-Toleranz bei dem Nachweis von Tiermehl im Futtermittel. Da Ökoprodukte in vielen Fällen parallel mit normalen Produkten in den gleichen Verarbeitungsstätten hergestellt werden, ist eine Verunreinigung leicht möglich. Deshalb sollten neue Ansätze gesucht werden, die beiden Systemen ein Überleben ermöglichen und eine gegenseitige Ergänzung darstellen.

Aufgrund der bisherigen Agrarpolitik ist der Pflanzenschutzaufwand sehr stark gestiegen und wird bei Beibehaltung der Prämienpraxis auch weiter wachsen. Nur durch eine Abkehr von ungestaffelten Prämien und mit einer direkten Ausrichtung auf eine umweltbewusste Produktion mit entsprechenden Ausgleichszahlungen könnte es gelingen, den Anspruch der Gesellschaft an eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu erfüllen, wobei der Schwerpunkt künftig auf Landbewirtschaftung und Landschaftspflege und nicht auf Landwirtschaft gelegt werden müsste.

Anmerkungen

1 Die schlechte Befruchtungsfähigkeit dieser Roggen-sorte hat zu einem sehr hohen Mutterkornbefall im Aufwuchs geführt. Durch Ausfall beim Drusch oder auch durch Abmulchen des fast erntereifen Bestandes blieb dieses giftige Korn auf der Fläche und konnte so in den folgenden Jahren erneut Weizen, Triticale oder auch Roggen befallen. Den Landwirten ist durch diese Sorte erheblicher Schaden zugeführt worden. Ersetzt wurde Ihnen vom Hersteller der Sorte meist nur der Saatgutpreis.

2 So gibt es z. B. pro Hektar Ackerland in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz oder auch Niedersachsen 300 DM, in Sachsen 550 und in Bayern 450 DM.

Literatur

Statistische Jahrbücher des BML
Industrieverband Agrar, Jahrgang 2000/2001

Autor

Günther Völkel ist Berater für Ökologischen Landbau
Kontakt: Güntersloh 1a, 34128 Kassel